

656936-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Installation von Feuerlöschanlagen – Löschanlage HDWN (VE32.1) im Zuge der Baumaßnahme "2603_UKM 1.4 Umbau Zentral OP am Standort Marburg, Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH, Baldingerstraße, 35043 Marburg"

OJ S 184/2026 23/09/2026

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Bauleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Uniklinikum Gießen und Marburg GmbH

E-Mail: vergabestelle@uk-gm.de

Rechtsform des Erwerbers: Organisation, die einen durch einen öffentlichen Auftraggeber subventionierten Auftrag vergibt

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Gesundheit

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Löschanlage HDWN (VE32.1) im Zuge der Baumaßnahme "2603_UKM 1.4 Umbau Zentral OP am Standort Marburg, Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH, Baldingerstraße, 35043 Marburg"

Beschreibung: Die geplante Baumaßnahme umfasst die Sanierung und Erweiterung der bestehenden OP-Abteilung in Ebene -2 des Universitätsklinikums in Marburg. Mit der Neustrukturierung des OP-Betriebes und der einhergehenden Optimierung der Wegeführung innerhalb der Behandlungsebene erfolgt eine Verbesserung der organisatorischen Struktur. Neben der Kapazitätserweiterung, unter Einbeziehung der Fläche der ehem. Notaufnahme, und der strukturellen Optimierung soll an Stelle der jetzigen OPs 11-13 ein Hybrid-OP mit angeschlossenem MRT entstehen. Im geplanten Baufeld befinden sich die in Betrieb befindliche OP-Abteilung und die bereits zurückgebaute, ehemalige Notaufnahme der Universitätsklinik Marburg. Die Baumaßnahme wird in 3 Bauabschnitten, parallel zur Beibehaltung des täglichen OP-Betriebs, durchgeführt. Außerdem wird der Bereich der ehemaligen Intensivstation I1 zum Aufwachraum umgebaut. In Ebene -3 sind Umbaumaßnahmen für die Lüftungstechnik erforderlich. Ebenfalls für die Lüftungstechnik wird auf dem Dach ein Wetterschutz errichtet. Besondere Umstände: Der Umbau wird bei laufendem Klinik-Betrieb in freigezogenen Teilbereichen abschnittsweise stattfinden. Die hieraus resultierenden Beeinträchtigungen des Bauablaufs sind in die Preise einzukalkulieren.

Kennung des Verfahrens: 34087a42-bbf5-4751-ae5-4b35f8ec8968

Interne Kennung: 26-IEV-00034-1.4-32.1

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45343200 Installation von Feuerlöschanlagen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45343000 Brandschutz-Installationsarbeiten, 50413200

Reparatur und Wartung von Feuerlöschanlagen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Baldingerstraße

Stadt: Marburg

Postleitzahl: 35043

Land, Gliederung (NUTS): Marburg-Biedenkopf (DE724)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Ergänzende Angabe zu vorgenannter Anschrift:

Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH Standort Marburg

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXVHYDPDYD3HQAQJ# Auszug aus den Vergabeunterlagen (insb. Anlage "01 Anschreiben" und Anlage "02 ABB"): 1. Teile der Vergabeunterlagen - siehe hierzu Plan- und Anlagenverzeichnis - sind vertraulich und werden daher erst nach Abgabe der Erklärung "Verpflichtung zur Vertraulichkeit" nach Anlage 05 übersendet. Die Erklärung kann per einfacher Bieternachricht eingereicht werden. Die Erklärung ist bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied und beim Einsatz von Nachunternehmern auch von den Nachunternehmern auszufüllen und einzureichen. Die Bieter werden darauf hingewiesen, dass die nach Abgabe der Vertraulichkeitserklärung bereitgestellten Unterlagen bei der Erstellung des Angebotes zu berücksichtigen sind (vgl. § 13 Abs. 5 VOB/A-EU). Angebote, die dieser Anforderung nicht entsprechen, können von der Wertung ausgeschlossen werden (vgl. § 16 Abs. 1 Nr. 2 VOB/A-EU). Vgl. auch Anlage 01 Zi. 1 und Anlage 02 ABB Ziff. 7a i. V. m. Ziff. 8c. 2. Ortsbesichtigungen sind verpflichtend. Es wird vorausgesetzt, dass der Bieter sich über die Situation vor Ort bei Angebotsabgabe ausreichend informiert hat und die örtlichen Begebenheiten bei seiner Kalkulation berücksichtigt. Vgl. Anlage "02 ABB, Ziff. 12". 3. Für ein formgerechtes Angebot ist das beigefügte Leistungsverzeichnis (Anlage 06) vollständig ausgefüllt einzureichen. Von einer der beiden Möglichkeiten nach § 13 Abs. 1 Nr. 6 VOB/A-EU kann Gebrauch gemacht werden, sofern die darin gestellten Anforderungen eingehalten werden. 4. Zusätzlich ist das Angebot als elektronisches Angebot mittels der GAEB-Datei einzureichen. Wir verweisen dazu auf das Formblatt 244 der Vergabeunterlagen, dass bei Abweichungen zwischen den Datenaustauschdateien (GAEB-Dateien) und der schriftlichen Fassung die schriftliche Fassung gilt. 5. Bei den angegebenen Ausführungszeiträumen handelt es sich um die angedachten Kernzeiträume, in denen die Arbeiten nach aktueller Planung ausgeführt werden sollen. Dies umfasst auch die Werks- und Montageplanung. Diese Zeiten können sich jedoch noch verändern, insbesondere durch die erforderliche Koordination mit anderen, möglicherweise parallel auszuführenden Gewerken. Die Bieter müssen sich daher darauf einstellen, dass sie ihre Leistungen nicht isoliert, sondern nur in Abstimmung mit anderen Gewerken und insbesondere außerhalb der vorgenannten Zeiträume auszuführen haben. Weitere Einschränkungen können sich aus den örtlichen Verhältnissen, der Ausführung im laufenden Betrieb ergeben und der zu beachtenden Baustellenlogistik ergeben. Die aus den vorgenannten Umständen erkennbar folgenden Beeinträchtigungen haben die Bieter kalkulatorisch zu berücksichtigen; sie berechtigen nicht zu Nachträgen. Weitergehende, insbesondere vom Auftraggeber veranlasste oder nicht vorhersehbare Abweichungen bleiben unberührt; insoweit gelten die Regelungen der VOB/B. 6. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass die Preisentwicklung sowohl bei Löhnen als auch bei Stoffen erheblichen Schwankungen unterliegt. Die hiermit einhergehenden Risiken möchte das UKGM angemessen auf die Vertragsparteien verteilen, weshalb die Vergabeunterlagen Preisgleitklauseln enthalten. Das UKGM hat auch insoweit auf die bekannten Formulare des Vergabehandbuchs des Bundes zurückgegriffen. Vgl. auch Anlage 03a, 214 Ziff. 10.2 7. Auf

dem Postweg, per Telefax, per E-Mail sowie über die Kommunikationsfunktion des Vergabeportals übermittelte Angebote sind unzulässig und werden nicht berücksichtigt. 8. Angebote müssen - soweit die Vergabeunterlagen nicht ausdrücklich etwas Anderes festlegen - vollständig sein. Als Bearbeitungshilfe ist im Anschreiben (Anlage 01, Ziff. 11) eine insoweit abschließende Liste beigelegt. Angebote dürfen keine widersprüchlichen Angaben enthalten. Aufklärungsfragen bleiben insoweit vorbehalten. 9. Der Auftraggeber kann Unterlagen im Rahmen der §§ 16a, 16d EU VOB/A nachfordern. Dies gilt nicht für das Formblatt 213: Die Vergabestelle weist darauf hin, dass ein nicht rechtzeitig abgegebenes Formblatt 213 wegen Unvollständigkeit des Angebotes zu dessen Ausschluss führt. 10. Eine Urkalkulation ist vor Zuschlagserteilung auf Verlangen der Vergabestelle einzureichen. 11. Der für den Zuschlag vorgesehene Bieter hat vor Zuschlagserteilung die Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten seines Unternehmens nach Maßgabe der Vergabeunterlagen vorzulegen (Bestandteil der Anlage 04). Die Angabe dient der Erfüllung der gesetzlichen Transparenzanforderungen und der für das Vergabeverfahren erforderlichen Identifizierung der wirtschaftlich Berechtigten. Sie stellt kein Eignungskriterium dar. 12. Die Wartungskosten sind auf Grundlage des Umfangs im Leistungsverzeichnis einzureichen. Die Wartungskosten werden für die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes gewertet. Die Wartungskosten werden in der Bewertung auf 5 Jahre hochgerechnet. Der Bauherr behält sich das Recht vor, die Wartung aus der Beauftragung herauszunehmen und später separat zu beauftragen (vgl. Anlage 06, LV, Pos. 99.01)

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Betrug: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Korruption: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Zahlungsunfähigkeit: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Siehe §§ 123, 124, 128 GWB.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Löschanlage HDWN (VE32.1) im Zuge der Baumaßnahme "2603_UKM 1.4 Umbau Zentral OP am Standort Marburg, Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH, Baldingerstraße, 35043 Marburg"

Beschreibung: Gliederung der Baumaßnahme: Die Baumaßnahme gliedert sich in 3 Umbauabschnitte folgender Größen: 1. UBA 3696 m2 BGF 2. UBA 3135 m2 BGF 3. UBA 820 m2 BGF Ausführungszeiträume gesamt: 1. UBA (Aufwachen): Jan 27 - Jan 29 1. UBA (OP 3-10): Jan 27 - Jan 29 2. UBA: Jan 29 - Jan 31 3. UBA: Jan 31 - Mai 32 Bei den angegebenen Ausführungszeiträumen handelt sich um die angedachten Kernzeiträume, in denen die Arbeiten nach aktueller Planung ausgeführt werden sollen. Dies umfasst auch die Werks- und Montageplanung. Diese Zeiten können sich jedoch noch verändern, insbesondere durch die erforderliche Koordination mit anderen, möglicherweise parallel auszuführenden Gewerken. Die Bieter müssen sich daher darauf einstellen, dass sie ihre Leistungen nicht isoliert, sondern nur in Abstimmung mit anderen Gewerken und insbesondere außerhalb der vorgenannten Zeiträume auszuführen haben. Weitere Einschränkungen können sich aus den örtlichen Verhältnissen, der Ausführung im laufenden Betrieb ergeben und der zu beachtenden Baustellenlogistik ergeben. Die aus den vorgenannten Umständen erkennbar folgenden Beeinträchtigungen haben die Bieter kalkulatorisch zu berücksichtigen; sie berechtigen nicht zu Nachträgen. Weitergehende, insbesondere vom Auftraggeber veranlasste oder nicht vorhersehbare Abweichungen bleiben unberührt; insoweit gelten die Regelungen der VOB/B. Weitere Details sind den Allgemeinen Vorbemerkungen der Leistungsbeschreibung zu entnehmen. Die Finanzierung des Projekts erfolgt teilweise mit Fördermitteln des Landes Hessen, die an zeitliche Vorgaben zur Umsetzung des Bauvorhabens gebunden sind. An eine zügige Ausführung, Fertigstellung und termingerechte mangelfreie Inbetriebnahme werden daher besonders hohe Ansprüche gestellt.

Interne Kennung: 26-IEV-00034-1.4-32.1

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45343200 Installation von Feuerlöschanlagen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45343000 Brandschutz-Installationsarbeiten, 50413200

Reparatur und Wartung von Feuerlöschanlagen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Wartungskosten sind auf Grundlage des Umfangs im Leistungsverzeichnis einzureichen. Die Wartungskosten werden für die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes gewertet. Die Wartungskosten werden in der Bewertung auf 5 Jahre hochgerechnet. Der Bauherr behält sich das Recht vor, die Wartung aus der Beauftragung herauszunehmen und später separat zu beauftragen.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Baldingerstraße

Stadt: Marburg

Postleitzahl: 35043

Land, Gliederung (NUTS): Marburg-Biedenkopf (DE724)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Ergänzende Angabe zu vorgenannter Anschrift:

Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH Standort Marburg

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 14/01/2027

Enddatum der Laufzeit: 31/05/2032

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme# Die Ausführung des

Vertrags setzt voraus, dass der Auftragnehmer eine Versicherung nach Maßgabe der

Eignungskriterien abgeschlossen hat und den Versicherungsschutz für die gesamte Laufzeit des Vertrags zuzüglich Gewährleistungsphasen aufrechterhalten wird.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: 8.1.1 Berufs- oder Handelsregister oder

Handwerksrolle (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Bewerber müssen je nach den

Rechtsvorschriften des Staats, in dem sie niedergelassen sind, entweder die Eintragung in

einem Berufs- oder Handelsregister dieses Staats oder auf andere Weise (Handwerksrolle

ihrer Sitzes oder Wohnsitzes) die erlaubte Berufsausübung nachweisen. Bei

Bietergemeinschaften gilt dies für jedes Mitglied. Der entsprechende Nachweis kann z.B. als

Eintragung der Handelsregisternummer nebst Registergericht auf dem Formblatt 124

(Bestandteil der Anlage 04) alternativ als Scan oder Auszug der Originalurkunden vorgelegt

werden. Das Abrufdatum vorgelegter Nachweise (z.B. Registerauszüge) darf nicht älter als 12

Monate ab Auftragsbekanntmachung sein. Weitergehende Nachweismöglichkeiten unberührt.

(Vgl. Anlage 01 Anschreiben, Ziff. 8.1.1)

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: 8.2.1 Versicherungsschutz (Mit dem Angebot; Mittels

Eigenerklärung): Bestehende Betriebs- und Vermögenshaftpflichtversicherung des Bieters

oder die Erklärung, dass im Auftragsfall eine entsprechende Versicherung abgeschlossen

wird. In beiden Fällen verbunden mit der Zusage, dass der Versicherungsschutz im

Zuschlagsfall für die Gesamtvertragszeit zzgl. Gewährleistungsphase aufrechterhalten wird. Für

Bietergemeinschaften muss die Erklärung die gesamte Tätigkeit der Bietergemeinschaft

umfassen, eine Versicherung oder Erklärung allein für das federführende Mitglied ist nicht ausreichend. Die Erklärung hat auf dem Vordruck "Nachweis Betriebshaftpflichtversicherung" (Bestandteil der Anlage 04) zu erfolgen. Mindestanforderungen: Versicherungsschutz mit mindestens folgenden Kriterien und Mindestdeckungssummen: - Personenschäden: 3,0 Mio. EUR (2-fach maximiert pro Jahr) - Sachschäden: 3,0 Mio. EUR (2-fach maximiert pro Jahr) - Sonstige Schäden: 1,0 Mio. EUR (2-fach maximiert pro Jahr) (vgl. Anlage 01 Anschreiben Ziff. 8.2.1)

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: 8.2.2 Umsatz (Gesamtumsatz) (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Erklärung über (1.) den Gesamtumsatz in EUR (netto) und (2.) den Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags, jeweils für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre vor dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung. Tätigkeitsbereich des Auftrags: Löschanlage HDWN Ausführung von Hochdruckwassernebel-Löschanlagen (HDWN) einschließlich der erforderlichen Demontage-, Rückbau-, Schutz-, Baustelleneinrichtungsarbeiten sowie der Errichtung, Installation und Inbetriebnahme der zentralen Anlagentechnik einschließlich Wartungs- und Inspektionsleistungen im Bereich der Technischen Gebäudeausrüstung (TGA). Die Erklärung hat auf dem Formblatt 124 (Bestandteil der Anlage 04) erfolgen. Bei Bietergemeinschaften ist das Formblatt 124 für jedes Mitglied gesondert vorzulegen. Bietergemeinschaften werden wie Einzelbewerber behandelt und deren Werte addiert. Weitergehende Nachweismöglichkeiten bleiben unberührt. Mindestanforderungen: Netto EUR 500.000 Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags in jedem der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre. (vgl. Anlage 01 Anschreiben, Ziff. 8.2.2)

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: 8.2.2 Umsatz (Spezifischer Umsatz) (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Erklärung über (1.) den Gesamtumsatz in EUR (netto) und (2.) den Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags, jeweils für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre vor dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung. Tätigkeitsbereich des Auftrags: Löschanlage HDWN Ausführung von Hochdruckwassernebel-Löschanlagen (HDWN) einschließlich der erforderlichen Demontage-, Rückbau-, Schutz-, Baustelleneinrichtungsarbeiten sowie der Errichtung, Installation und Inbetriebnahme der zentralen Anlagentechnik einschließlich Wartungs- und Inspektionsleistungen im Bereich der Technischen Gebäudeausrüstung (TGA). Die Erklärung hat auf dem Formblatt 124 (Bestandteil der Anlage 04) erfolgen. Bei Bietergemeinschaften ist das Formblatt 124 für jedes Mitglied gesondert vorzulegen. Bietergemeinschaften werden wie Einzelbewerber behandelt und deren Werte addiert. Weitergehende Nachweismöglichkeiten bleiben unberührt. Mindestanforderungen: Netto EUR 500.000 Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags in jedem der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre. (vgl. Anlage 01 Anschreiben, Ziff. 8.2.2)

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: 8.3.1 Referenzen (Löschanlage HDWN) (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Zwei geeignete Referenzen des Unternehmens des Bieters über früher ausgeführte und abgeschlossene Aufträge im Tätigkeitsbereich des ausgeschriebenen Auftrags, die mit den zu vergebenen Leistungen hinsichtlich Art, Umfang und Komplexität des Auftrags vergleichbar sind. Tätigkeitsbereich des Auftrags: Löschanlage HDWN Ausführung von Hochdruckwassernebel-Löschanlagen (HDWN) einschließlich der erforderlichen Demontage-, Rückbau-, Schutz-, Baustelleneinrichtungsarbeiten sowie der

Errichtung, Installation und Inbetriebnahme der zentralen Anlagentechnik einschließlich Wartungs- und Inspektionsleistungen im Bereich der Technischen Gebäudeausrüstung (TGA). Es werden Referenzen vergleichbarer Bauvorhaben aus den letzten 5 Jahren vor Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung (Referenzzeitraum) berücksichtigt. Jede Referenz ist mit Referenzkunde (namentlich bezeichneter Ansprechpartner mit Telefon / E-Mail) sowie Erbringungszeitraum, Auftragssumme und Erläuterung anzugeben. Die ordnungsgemäße Ausführung und das Ergebnis sind zu bescheinigen. Anonymisierte Angaben sind unzulässig. Der Auftraggeber behält sich vor, Referenzen beim Referenzkunden zu überprüfen. Die Erklärung hat auf dem Formblatt 444 (Bestandteil der Anlage 04) zu erfolgen. Bei Bietergemeinschaften ist der Vordruck Referenzen für jedes Mitglied gesondert vorzulegen (zur Bewertung werden die Werte addiert. Mindestanforderungen: Mindestens eine Referenz muss die Errichtung und Inbetriebnahme einer Hochdruckwassernebel-Löschanlage (HDWN) während des laufenden Betriebs (1) in einem Krankenhaus oder (2) in einer anderen Einrichtung des Gesundheitsbereichs mit entsprechend hohen Anforderungen an Hygiene, Staubschutz und Aufrechterhaltung sensibler Nutzungen betreffen. (vgl. Anlage 01 Anschreiben, Ziff. 8.3.1)

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: 8.3.2 Deutsche Sprache (Eigenerklärung) (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Bei der Durchführung sowohl des Vergabeverfahrens als auch des vergebenen Vertrages gilt ausschließlich die deutsche Sprache. Der Bieter erklärt, dass die für die Ausführung des Auftrags verantwortlichen und gegenüber dem Auftraggeber handelnden Personen die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Auf der Baustelle muss mind. eine Person (Bauleitung oder Vorarbeiter) mit Sprachniveau mind. B1 anwesend sein. Die Erklärung hat in der "Zusatzerklärung zur Eignung" (Bestandteil der Anlage 04) zu erfolgen. (vgl. Anlage 01 Anschreiben, Ziff. 8.3.2)

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: 8.3.2 Deutsche Sprache (Zertifikat oder Qualifikationsnachweis) (Auf Anforderung der Vergabestelle; Keine oder anderweitige Formerfordernis): Ergänzend zur vorgenannten Eigenerklärung zum Punkt 8.3.2 Deutsche Sprache: Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle ist ein entsprechendes Zertifikat oder Qualifikationsnachweis (z. B. Goethe-Zertifikat B1, telc) vorzulegen. (vgl. Anlage 01 Anschreiben, Ziff. 8.3.2)

Kriterium: Techniker oder technische Stellen zur Durchführung der Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: 8.3.3 Anzahl Arbeitskräfte (Auf Anforderung der Vergabestelle; Mittels Eigenerklärung): Der Bieter hat nach Öffnung der Angebote im Rahmen der Eignungsprüfung auf Verlangen der Vergabestelle den Nachweis zu erbringen, dass er über genügend Arbeitskräfte für die Ausführung des Auftrags verfügt. (vgl. Anlage 01 Anschreiben, Ziff. 8.3.3)

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preiskriterium für "Niedrigster Preis (ohne Kriterien)"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 23/10/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYDPDYD3HQAQJQ/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYDPDYD3HQAQJQ>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYDPDYD3HQAQJQ>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Beschreibung der finanziellen Sicherheit: - Vertragserfüllungsbürgschaft (Formblatt 421, VHB)

- Mängelerfüllungsbürgschaft (Formblatt 422, VHB) Auszug aus Anlage 03b, Ziff. 15: 15.1 Als

Sicherheit für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung kann der AG eine selbstschuldnerische Bürgschaft in Höhe von 5 Prozent der vorläufigen Netto-Auftragssumme beanspruchen. Falls sich die vorläufige Netto-Abrechnungssumme (z. B. durch

Mengenänderungen oder Nachtragsleistungen) um mehr als 10% erhöht, kann der AG eine entsprechende Erhöhung der Bürgschaftssumme verlangen. Die Bürgschaft muss sich nach

deutschem Recht richten und die Erklärung des Bürgen enthalten, dass Ansprüche aus der Bürgschaft nicht vor Ablauf der gesicherten Ansprüche, spätestens jedoch nach Ablauf von 30

Jahren, verjähren. Als Gerichtsstand ist Marburg zu vereinbaren. Die Bürgschaft muss inhaltlich mindestens dem Muster 421 des VHB-Bund (Vertragserfüllungsbürgschaft) genügen.

Die Bürgschaft ist dem AG innerhalb von vier Wochen nach Vertragsabschluss zu übergeben.

Bis zur Übergabe der Bürgschaft ist der AG berechtigt, 5 % des Nettowertes jeder fälligen

Abschlagsrechnung, insgesamt jedoch höchstens 5 % der Netto-Auftragssumme,

einzubehalten. 15.2 Als Sicherheit für die vertragsgemäße Ausführung der Mängelansprüche

kann der AG 5 % des Nettowertes der vom AN gestellten und vom AG geprüften

Schlussrechnung einbehalten. Der AN ist berechtigt, den Bareinbehalt durch eine

selbstschuldnerische Bürgschaft in entsprechender Höhe abzulösen. Die Bürgschaft muss

sich nach deutschem Recht richten und die Erklärung des Bürgen enthalten, dass Ansprüche

aus der Bürgschaft nicht vor Ablauf der gesicherten Ansprüche, spätestens jedoch nach

Ablauf von 30 Jahren, verjähren. Als Gerichtsstand ist Marburg zu vereinbaren. Die Bürgschaft

muss inhaltlich mindestens dem Muster 422 des VHB-Bund (Mängelansprüchebürgschaft)

genügen. (vgl. Anlage 03a, Formblatt 214, Ziff. 4 bis 6 i. V. m. Anlage 03b, Ziff. 15)

Frist für den Eingang der Angebote: 02/11/2026 10:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit,

Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 58 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Vgl. Anlage "02 ABB" Ziff. 8 I) Der Auftraggeber kann Unterlagen im Rahmen der §§ 16a, 16d VOB/A-EU nachfordern. Dies gilt nicht für das Formblatt 213: Die Vergabestelle weist darauf hin, dass ein nicht rechtzeitig abgegebenes Formblatt 213 wegen Unvollständigkeit des Angebotes zu dessen Ausschluss führt.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 02/11/2026 10:30:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: 1. Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung des Auftrags die geltenden arbeits-, sozial- und umweltrechtlichen Verpflichtungen sowie die Bestimmungen des einschlägigen Tariftreue- und Vergabegesetzes einzuhalten. Er hat sicherzustellen, dass diese Verpflichtungen auch von eingesetzten Nachunternehmern erfüllt werden. Ferner sind die Anforderungen an den Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie die ordnungsgemäße Entsorgung anfallender Bauabfälle einzuhalten. 2. Ortsbesichtigungen sind verpflichtend. Es wird vorausgesetzt, dass der Bieter sich über die Situation vor Ort bei Angebotsabgabe ausreichend informiert hat und die örtlichen Begebenheiten bei seiner Kalkulation berücksichtigt. (vgl. Anlage 02 ABB, Ziff. 12) 3. Die Ausführung des Vertrags setzt voraus, dass der Auftragnehmer eine Versicherung nach Maßgabe der Eignungskriterien abgeschlossen hat und den Versicherungsschutz für die gesamte Laufzeit des Vertrags zuzüglich Gewährleistungsphasen aufrechterhalten wird.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: Auszug aus Anlage 03b, Ziff. 13: 13.3 Abschlagszahlungen werden 21 Tage, Schlussrechnungen 60 Tage nach Zugang einer prüfbaren Abschlags- bzw. Schlussrechnung fällig. (vgl. Anlage 03a, Formblatt 214, Ziff. 3 i. V. m. Anlage 03b, Ziff. 13)

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 160 Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers,

einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. § 134 Informations- und Wartepflicht (1) Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist. (2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. (3) Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber beschließen, bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft, berechnigte geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lauterer Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte. § 135 Unwirksamkeit (1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber 1. gegen § 134 verstoßen hat oder 2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist. (2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union. (3) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn 1. der öffentliche Auftraggeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zulässig ist, 2. der öffentliche Auftraggeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und 3. der Vertrag nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde. Die Bekanntmachung nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers, die Beschreibung des Vertragsgegenstands, die Begründung der Entscheidung des Auftraggebers, den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des Unternehmens, das den Zuschlag erhalten soll, umfassen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Uniklinikum Gießen und Marburg GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Uniklinikum Gießen und Marburg GmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Uniklinikum Gießen und Marburg GmbH

Registrierungsnummer: Amtsgericht Gießen HRB 6384

Postanschrift: Rudolf-Buchheim-Straße 8

Stadt: Gießen

Postleitzahl: 35392

Land, Gliederung (NUTS): Gießen, Landkreis (DE721)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle (GB Investitionen und Investitionscontrolling)

E-Mail: vergabestelle@uk-gm.de

Telefon: +4964198543076

Internetadresse: <https://www.ukgm.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Registrierungsnummer: Telefonnummer der Geschäftsstelle +496151126603

Postanschrift: Luisenplatz 2

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de

Telefon: +496151126603

Fax: +49611327648534

Internetadresse: <https://rp-darmstadt.hessen.de/infrastruktur-und-wirtschaft/oeffentliches-auftragswesen/vergabekammer>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 855c8bc3-1513-4ad0-84e0-f0bfaa3f1d94 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 22/09/2026 13:01:39 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 656936-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 184/2026
Datum der Veröffentlichung: 23/09/2026